

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 36 (1956-1957)  
**Heft:** 3

**Rubrik:** Stimmen der Welpresse

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## STIMMEN DER WELTPRESSE

«Wird Frankreich dem Schicksal Algeriens gegenüber nicht ebenso gleichgültig bleiben, wie gegenüber demjenigen Indochinas?» fragte sich im März der Pariser Publizist *Thierry Maulnier* (vgl. SMH April 1956, S. 49). Im Maiheft der Zeitschrift *Preuves* gibt er darauf eine Antwort, die einem fein erspürten unterirdischen Wechsel der öffentlichen Meinung gerecht wird. *L'Afrique est à faire*, verkündet er, doch nicht durch Krieg, sondern durch wirtschaftlichen und sozialen Aufbau. Im Augenblick jedoch herrscht die militärische Gewalt; der Wille sich das nordafrikanische Territorium zu erhalten, ist in Frankreich erwacht. Eine geeinte Kammer stimmte Guy Mollets Sondervollmachten zu. Wenn selbst die Kommunisten ihre Stimme dazu liehen, so deshalb, um nicht in eine Opposition zu geraten, die sie mit dem heutigen nationalen Empfinden unwiderlich entzweien würde. Sie waren die ersten, den Umschlag der öffentlichen Meinung zu wittern und vorzusorgen, daß die entscheidenden Beschlüsse nicht von einer nach rechts gelagerten Mehrheit gefaßt würden. — Indessen, wo die Waffen herrschen, treten die unerläßlichen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen bis zu dem bekannten «späteren Zeitpunkt» zurück. Maulnier warnt deshalb vor der Gefahr, militärische Verteidigung mit politischem Immobilismus zu verbinden. Jetzt, da sich Frankreich entschlossen aufrafft, das Seinige nicht durch Aufruhr und Waffengewalt, die einer vergangenen Ideologie hörig sind, sich verderben zu lassen, muß die Bereitschaft zur Militäraktion mit einem aufbauenden Programm Hand in Hand gehen. — Bevor er auf letzteres eingeht, gibt Maulnier in kurzen Zügen eine Analyse der arabischen Ideologie, ein höchst notwendiges Unterfangen, dem bis heute zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Er erkennt hinter dem Aufstand konfuse gegensätzliche Tenden-

zen: «zugleich das Erwachen der Anarchie der Feudalzeit und der Lust primitiver Volksstämme an kriegerischen Streifzügen sowie die Empörung eines entwurzelten Proletariats, das in Baracken haust.» Seine Parolen stammen aus der koranischen Tradition der Ulemas wie aus derjenigen der Nationalstaatsära von 1848. Europa hofft heute, den Gedanken des selbstherrlichen Nationalstaats zu überwinden, da flammt er fanatisch in Nordafrika auf. — Was Algerien anstrebt, ist Rückschritt, ist Abtrennung vom großen Verband, der heute zwangsläufig unser Schicksal bestimmt. Auch losgelöst von der Vereinigung mit Frankreich würde es nicht selbständig sein, wie es begehrt: «es würde unausweichlich in die Abhängigkeit, die Satellitenrolle eines anderen Mächtesystems geraten.» Der Traum eines neuen arabischen Reichs ist ein flüchtiger Wahn, denn «vom persischen Golf bis zum Atlantik hat die arabische Welt nichts anderes gemeinsam als ihre Wüste und ihren Bevölkerungsüberschuß auf dürrer Erde, als mangelhafte Ausrüstung und Armut». — Das sind abgewogene Worte zu einem politischen und wirtschaftlichen Machtstreben, das sich in der Weltpolitik heute immer stärker fühlbar macht und doch mit mehr Fanatismus als realer Überlegung verknüpft ist. — Soll jedoch die Verbindung mit dem französischen Mutterland andauern, so ist ein neues konstruktives Programm vonnöten. In seinem letzten Artikel hatte Maulnier auf die Unvermeidbarkeit einer föderalistischen Struktur der Union française hingewiesen. Nun geht er einen Schritt weiter und schlägt die Schaffung von Landwirtschaftsbetrieben in der Art israelischer Kibuzim vor: Siedlungseinheiten produktiver und zugleich militärischer Natur. Aber nicht Algerien allein, ganz französisch Afrika muß von einer kolonisatorischen Welle im neuen Sinn erfaßt werden; eine Bewe-

gung, wie sie in zunehmendem Maße das europäische Rußland in seine asiatischen Landesteile trägt. — Die Anspannung, der sich Frankreich im Augenblick unterwirft, wird dann Erfolg einbringen, wenn sie den Geist von gestern in Afrika wie im Mutterland verscheucht und eine weitgespannte Zusammenarbeit einleitet, zum Nutzen jedes Teils.

In dem von *Hanns Lilje* herausgegebenen *Sonntagsblatt* (Nr. 19/1956) untersucht *Bernd Nellesen* unter dem Titel «...marschier'n im Geiste mit...» die schwerwiegende Frage nach den *Restbeständen aus der Liquidation des Nationalsozialismus*. Wir fassen seine Feststellungen wie folgt zusammen: Bis zum Sturze Perons strömte aus Argentinien ein reger Fluß agitatorischer Ideen ausgewanderter Nationalsozialisten in die Bundesrepublik. Seither stagniert diese Aktivität, und auch in Deutschland selbst ist eine Abnahme der rechtsradikalen Umrtriebe zu verzeichnen. Heute bestehen noch etwa dreißig politische Organisationen solcher Art, welche indessen nach ihrer Tätigkeit und Zielsetzung oft nur schwer zu definieren sind. In der Mehrzahl handelt es sich um kleine Zirkel mit beschränkter Lebensdauer, die im Unterschied zu den fest zusammenhaltenden Kommunisten untereinander stets uneins sind. Zur Zeit fällt ihre Literatur am meisten ins Gewicht: Es gibt 15 organisationsgebundene und 11 unabhängige periodische Schriften rechtsextremen Inhalts. In diesen Zeitschriften wie auch in gewissen Büchern wird die Rechtfertigung des Nationalsozialismus und seines Führers versucht. Der geistige Gehalt ist erschütternd; so heißt es etwa: «Der Nationalsozialismus war eine Antwort auf die Frage unseres Jahrhunderts. Er war die edelste Idee, für die ein Deutscher die ihm gegebenen Kräfte einzusetzen vermochte... Er war eine echt nationale Weltanschauung und ein Ideal blutbedingter kultureller Sauberkeit.» Während die politische Tätigkeit der Rechtsradikalen in Deutschland ab-

nimmt, steigt die Flut solcher Rechtfertigungsliteratur ständig an. Hieraus treten einige allgemeine Merkmale hervor: Der Hauptzug besteht in der Rehabilitierung der Vergangenheit, was den Ausdruck «Neo-Nationalsozialismus» durchaus unzutreffend macht. In Anwendung einer geschickten Methode werden die Fehler des Regimes zwar zugegeben, aber auf die Zwischenschicht der Goebbels, Himmler, Heydrich usw. abgeschoben. Über Hitlers System wird lediglich theoretisiert, ohne die grausame Wirklichkeit seiner Auswirkungen zu berücksichtigen. Aus jeder Zeile spricht die Verbitterung wegen mancher Nachkriegsdemütigungen, denen so viele Deutsche ausgesetzt waren. So ist eine echte Diskussion zum vorneherein unmöglich. — Ein Verbot dieser Literatur ist gesetzlich schwierig; auch wäre das keine Lösung des Problems. Die Schwierigkeit, entgegenzuwirken, besteht darin, daß auf der Gegenseite niemand wagt, die jüngste Vergangenheit heraufzubeschwören; sie ist tabu. So sind es nur die Rechtsradikalen, die sich damit beschäftigen, und diese tun es von ihrem gefährlichen Standpunkt aus, der jeder gesunden Neuentwicklung entgegensteht.

Die unabhängige und stets eine klare Linie einhaltende Wochenzeitung *Time and Tide* veröffentlichte in ihrer Nummer vom 28. April den interessanten Artikel *Soviet Colonialism* von *Béla Fabian*, der während des ersten Weltkrieges jahrelang in russischer Gefangenschaft war. Später lebte er unter einem falschen Namen in Leningrad. Er bekennt sich in seinen Ausführungen, die wir in einem gedrängten Auszug wiedergeben, als Freund des russischen Volkes, das er seinen kommunistischen Unterdrückern gegenüberstellt. Obwohl die Machthaber in Sowjetrußland im Sinne der Trotzki'schen Rede von *Narodny Dom* — «weder Friede noch Krieg, keine Atempause für die kapitalistische Welt» —, auch heute noch die Weltrevolution erstreben, bedürfen sie zur Zeit selbst einer Ruhepause. Im Innern Rußlands aber

gibt es keinen Stillstand, denn das russische Volk ist das erste Opfer des Kommunismus. Es hat z. B. heute noch kein freies Wahlrecht, das zum Begriff der Menschenrechte gehört; auch eine Rassentrennung wird durchgeführt. So müssen zentralasiatische Eingeborene ihre Kinder in gesonderte Schulen schicken. Hier wie im Kaukasus und in der Ukraine sind nicht die Einheimischen, sondern die Russen an der Macht. Chruschtschew selbst gibt den Beweis dafür: Obwohl ein Russe, war er doch 10 Jahre lang Generalsekretär der ukrainischen Republik, hernach ihr Premierminister und infolgedessen unbeschränkter Herrscher dieses sogenannten selbständigen Staates. Im Baltikum sind beinahe die Hälfte der Parteiführer Russen. Der sowjetische Imperialismus reicht aber auch über die Staatsgrenzen hinaus. In Albanien, Bulgarien, der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien und Polen sind das Heer, die Polizei sowie die zivile Verwaltung unter russischer Leitung. Landwirtschaft, Handel und alle öffentlichen Unternehmen werden von Moskau beeinflusst. Hinter dem eisernen Vorhang gibt es nur ein einziges ökonomisches System, welches auf Befehl Stalins von Eugen Varga ausgedacht wurde. Die Kontrolle des geistigen Lebens äußert sich im staatlich gelenkten Erziehungswesen. Daneben ist die völlige Beherrschung der Religion für die sowjetische Diktatur besonders bezeichnend. Eine neue Art des Vorgehens besteht darin, das kommunistische System von der Kanzel verkünden zu lassen. Sämtliche theologischen Seminarien, ob katholisch, protestantisch, jüdisch oder mohammedanisch, stehen unter kommunistischer Leitung. Kein Priester kann ohne Genehmigung des Parteisekretärs ordiniert werden, kein Bischof kann ohne dessen Zustimmung sein Amt ausüben. — Nicht eine Seite des Lebens entgeht den kommunistischen Machthabern. Ihre Verbrechen gegenüber den Unterdrückten wachsen ständig, und während sie dem Westen koloniale Politik vorwerfen, übersehen sie geflissentlich, daß der Kolonialismus im Sinne der Unter-

drückung freier Völker nur noch im sowjetischen Machtbereich besteht.

In dem Artikel *Blick durch den Vorhang* gibt die Zeitschrift *Hinter dem eisernen Vorhang* (Heft 4, 1956) eine Zusammenfassung der letzten Ereignisse in den Satellitenstaaten. Daraus ersehen wir neuerdings, vor welchen schwierigen Problemen die Verdammung der Politik Stalins «die kleinen Stalins» in den abhängigen Ländern gestellt hat. So wie die gegenwärtigen Machthaber Rußlands ihre eigene Schuld auf Beria schieben, suchen auch die Epigonen Stalins in der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Polen Sündenböcke. Dieses geschmacklose und alle Logik verhöhnende Schauspiel der Vermittlung zwischen den Opfern und Henkern der Stalinperiode hat diabolische Züge. In Polen, wo diese Bewegung den Namen «Berjiasmus» erhalten hat, wurden Gomulka, Spychalsky, Komar und andere «nationale Kommunisten» rehabilitiert. Ungarn sah sich durch seine Politik der Annäherung an Tito gezwungen, Rajk als zu Unrecht hingerichtet zu erklären; alle Schuld wird dem verschwundenen Sicherheitschef Gabor Peter zugeschoben. In Rumänien wird die Polizei der «Willkürakte und Übertretungen» bezichtigt. Einzig in Bulgarien mußte Wulko Tscherwenkoff, ein Getreuer Stalins, zugunsten eines neuen Machthabers zurücktreten, was ebenfalls eine Maßnahme der im Gange befindlichen Werbung um Tito darstellt. — In der Tschechoslowakei erreicht die groteske Revision der Stalinpolitik ihren Höhepunkt mit dem Wiederaufgreifen des Slanskyprozesses. Drei Überlebende von 1952 wurden entlassen und nachträglich freigesprochen, während die 11 Hingerichteten weiterhin als schuldig gelten. Um sich selbst zu retten, treiben die Regimeführer ihre teuflische Dialektik auf die Spitze. Sie werfen Slansky heute Dinge vor, die sich selbst in der damaligen Anklageschrift nicht fanden, um zu beweisen, daß die Verurteilung zu Recht erfolgte, obwohl im Prozeß politische Irrtümer und Unre-

gelmäßigkeiten vorgekommen seien. — Im ganzen Sowjetblock werden nun wieder die Vorteile des «kollektiven Führungsprinzips» hervorgehoben. Kritik an einzelnen ist erlaubt, wenn nur die Unfehlbarkeit der Partei, die niemals irren könne, unangetastet bleibt.

In der Frankfurter *Gegenwart* vom 21. 4. 1956 zeichnet aus Anlaß der kürzlich veranstalteten «Internationalen Handelsmesse» von Osaka, der einzigen ostasiatischen Warenschau, die dem Internationalen Messeverband in Paris angeschlossen ist, *Werner Rilz* ein Bild der modernen *japanischen Konkurrenz*. Osaka, mit 21½ Millionen Einwohnern die zweitgrößte Stadt Japans, ist der bedeutendste Industrieort des Fernen Ostens. Das Land hat nach dem verlorenen Kriege nur noch Raum für das Notwendige, und das heißt nach Rilz: produzieren und exportieren. Nach dem Auslaufen der amerikanischen Unterstützung ist es seinem Existenzkampf allein überlassen. Da ihm seine früheren Hauptabsatzmärkte verschlossen waren, begegnete es nach 1945 zunächst großen Schwierigkeiten, bis vor etwa zwei Jahren die Besserung einsetzte. Dank wach-

sender Exporte hat sich heute der Fehlbetrag in seinem Außenhandel sichtbar verringert. Die Großmächte des Westens sind duldsam gegenüber der japanischen Wirtschaftsexpansion (die Produktion liegt zur Zeit um 90% über derjenigen der Vorkriegsepoche); sie werden von der Sorge gelenkt, ein in Not geratenes Japan könnte ökonomisch zum kommunistischen Raum tendieren. Die fünf großen Ausstellungshallen der Messe vermitteln ein vollständiges Bild der Vielfalt der japanischen Produktion, die in Qualität vorzüglich und in Farbe und Form geschmackvoll ist. Vom Ausland sind in Osaka neben Westdeutschland, das 100 von den 1658 Messeständen besetzt hält, vor allem die USA mit eigener Halle vertreten. In der Nachbarschaft von Osaka blühten noch die Kirschen, die von den Japanern mit andächtiger Bewunderung betrachtet werden. «Aber man hat den Eindruck» — so schließt der Verfasser seinen kurzen Bericht ab —, «daß auch sie allmählich zurückweichen vor dem Druck der Technik. Wenn Japan im harten Kampf der Weltwirtschaft bestehen will, muß es dieselben Mittel anwenden wie die westliche Welt.»